

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitungssprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Pößschelouis Leipzig 28614



Erscheint seit dem Jahre 1841

Abbestellen...
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt
Verleger und Drucker: Erich Jahnke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Erich Jahnke, beide in Wilsdruff.

Inseratpreise...
400

Nr. 118.

Dienstag den 24. Mai 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung,

betr. die Abgabe von Körperschaftssteuer- und Kapitalertragsteuer-Erklärungen.

Die nach § 1 des Körperschaftsteuergesetzes der Körperschaftsteuer unterliegenden Steuerpflichtigen haben

die Steuererklärung für die Veranlagung zur Körperschaftsteuer in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Juli 1921

abzugeben, soweit jedoch am 31. März 1921 der Geschäftsabluß durch die zuständigen Organe (Mitglieder, Gesellschafterversammlung) noch nicht festgestellt ist, binnen drei Monaten nach der Feststellung bei dem unterzeichneten Finanzamt schriftlich einzuweisen oder zu Protokoll im Dienstgebäude, Schloß Rössen, abzugeben. Die Erklärungen sind mit der Versicherung abzugeben, daß die darin enthaltenen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Gleichzeitig mit der Körperschaftsteuererklärung ist von

1. den Gewerkschaften (Aktienvereinigungen, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, bergbaurechtlichen rechtsfähigen Vereinigungen und nicht rechtsfähigen Berggewerkschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sonstigen Verlonenvereinigungen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetriebe, deren Zweck die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für sich oder ihre Mitglieder ist),

2. den Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und den politischen Parteien und Vereinen mit eigenem Gewerbebetriebe,
3. sonstigen juristischen Personen des bürgerlichen Rechts, insbesondere eingetragenen Vereinen, rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen,
4. juristischen Personen des öffentlichen Rechts, insbesondere kirchlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen,

die auf Grund der Verordnung vom 3. Juni 1920 über die Abgabe der Kapitalertragsteuer-Erklärungen (Zentralblatt für das Deutsche Reich Seite 41) vorgeschriebene

Kapitalertragsteuererklärung

abzugeben.

Vordrucke zu den Körperschafts- und Kapitalertragsteuer-Erklärungen sind von Ende Mai ab bei dem unterzeichneten Finanzamt zu erhalten. Dasselbst werden auch Auskünfte über alle Fragen erteilt, welche die Ausfüllung einer Körperschaftssteuer- oder Kapitalertragsteuer-Erklärung zum Gegenstande haben.

Rössen, am 20. Mai 1921.

4094

Das Finanzamt.

An Minderbemittelte, Kleinrentner usw. werden am 24. d. M. im Zimmer Nr. 2 kleine Restbestände von Haferflocken, Weizengrieß und Hafermehl zu verbilligten Preisen, soweit vorhanden, abgegeben.

Wilsdruff, am 20. Mai 1921.

4100

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Reichskanzler Dr. Brüning verhandelt gegenwärtig über die Besetzung des ausgesetzten Amtes und wird in kurzer Zeit eine endgültige Entscheidung treffen.
- * Der preussische Staatsrat tritt zu seiner nächsten Sitzung am 27. Mai zusammen.
- * In der deutschen Gesandtschaft in Warschau sind polnische Agenten, die auf Veranlassung der polnischen Militärgeheimpolizei in die Botschaften eingebracht waren, verhaftet worden.
- * Der neue österreichische Staatshaushalt weist einen Fehlbetrag von 50 Millionen Kronen auf.
- * Der ehemalige Kaiser Rudi wird seinen künftigen Aufenthalt voraussichtlich in Spanien nehmen.
- * Die nächste Entente-Konferenz wird Mitte dieser Woche stattfinden.
- * In Kairo und Alexandria sind neue schwere Unruhen ausgebrochen, die bereits zahlreiche Todesopfer forderten.

Redefutten.

Ein merkwürdiges Schauspiel, diese Interpellationsdebatte in der französischen Kammer. Ein Redner nach dem andern betritt die Tribüne und ergreift sich in stundenlangen Herzenserleidigungen über die Politik der Regierung, über das Londoner Abkommen, über Deutschland und Oberschlesien, über England und Amerika. Briand aber, den alle diese Dinge doch auch einigermaßen interessieren, läßt die Redefutten geduldig hinüber fließen, ohne sich zu erheben, hört schweigend zu und wartet irgendwelcher Ereignisse, die da kommen sollen. Es geht für den Grundbesitzer, oder richtiger gesagt, zu den tief eingewurzeltsten Überlieferungen der französischen Republik, daß jeder wichtige Schritt, den die Regierung tun will oder getan hat, von großen Kammerinterpellationen begleitet wird. Sehen sie von den Freunden der Regierung aus, so soll deren Politik durch dieses parlamentarische Kampfmittel vor dem Lande oder, je nachdem, vor der ganzen Welt unterstrichen und gefördert werden; werden sie von den Gegnern der Regierung betankelt, so sollen sie in der Regel einen Kampf um die Macht dar, der sich in mehr oder weniger dramatischen Formen zu vollziehen pflegt. Man darf, nach ihrem Abschluß, von Sieg oder Niederlage sprechen, und nicht selten bedeutete der Ausgang solcher Kammerdebatten für das immer noch sehr wankelmütige Volk der Gallier den Ausdruck einer neuen Zeit.

Diesmal macht es fast den Eindruck, als wollte Briand sich nicht zum Kampfe stellen. Der Donnerstag, der Freitag ging vorüber, und er hat die Interpellanten reden lassen, so viel sie wollten, ohne sich zu rühren. Herr Loucheur, seinen Wiederaufbauminister, hat er schließlich vorgeschickt, um ihm einige Zahlen über die geforderten und bewilligten Entschädigungssummen aufzeigen zu lassen, einer seiner „Nachwänner“ also, den die Politik als solche, die große Politik nichts angeht. Danach vertagte man sich auf den kommenden Dienstag, und der Ministerpräsident kam sich wieder ganz ungeeignet dem Noten- und Redewechsel mit seinem britischen Bundesgenossen bingeben. Damit ist wieder etwas Zeit gewonnen. Ob es zunächst zu einer persönlichen Begegnung der beiden Männer in Boulogne oder sonstwo kommt, oder ob auch sie eingetretener Hindernisse wegen“ unterbleiben muß, ob und wann der Oberste Rat zusammenberufen werden wird, um sich mit den unangenehm sachlichen Fragen des Augenblicks zu befassen, weiß niemand zu sagen; offensichtlich ist nur die ungeduldig vorrührende Juridikation Briands auf der einen, das lebhaft Bemühen Lloyd Georges auf der anderen Seite, zur Entscheidung zu drängen. Und die

französische Kammer wird es an Verständnis für die tatsächlichen Erfordernisse des Augenblicks gewiß nicht fehlen lassen.

So ließ sie am Freitag zunächst den Sozialisten Marcel Cachin ruhig reden, wie ihm der Schnabel gewachsen war. Er sprach sich für Russland ein, für die Sowjetrepublik, und kein Laut lehrte sich gegen ihn. Er sprach von der Krise in der Allianz, von den kapitalistischen Interessen der Schwerindustrie an den Kohlenkäufen Oberschlesiens, und alles blieb ruhig. Er forderte von Briand den endgültigen Verzicht auf die Besetzung des Ruhrgebietes, und kein Mensch unterbrach ihn; er protestierte sogar mit aller Leidenschaft gegen die Mobilisierung des Jahrgangs 1919, und konnte trotzdem in ungebrochener Ordnung zu Ende kommen. Nichts von Aufwallung der Gemüter, nichts von patriotischer Erregung. Ein anderer Redner, Forgeot mit Namen, löste ihn ab und langletzte zur Abwechslung mit französischen und deutschen Milliarden, mit Ausfuhr- und Einfuhrberechnungen, mit Steuer- und Zollabgaben, daß jedem Nichtfachmann darob der Verstand schliefen konnte. Alles natürlich, um zu beweisen, daß Frankreich, das arme Frankreich bei dem Kriegs- und Entschädigungsgeschäft viel zu viel zusehe. Warum lasse man Deutschland, nach Ablieferung seiner Rohmaterialien für den Wiederaufbau und seiner Kohlen, nicht noch eine Handelsflotte für Frankreich bauen? Und warum solle England auf seine Kosten kommen, Frankreich oder verhindert werden, Nutzen aus dem deutschen Ansehenshandel zu ziehen? Und wenn das französische Parlament das Londoner Abkommen ablehne, sei diese Tatsache schlimmer als die Beigerung des amerikanischen Senats, den Friedensvertrag von Versailles zu ratifizieren, schlimmer als die Aufhebung des englisch-amerikanischen Schutzvertrages, schlimmer als die letzten Worte Lloyd Georges über Oberschlesien? Durch das Abkommen von London könne die französische Demokratie sich nicht binden, denn es müsse zum Ruin des kriegelosen Frankreich führen gegenüber einem Deutschland, das den Kopf wieder erhebe. Auch dieser Redner, der mit einem leidenschaftlichen „Nein!“ gegenüber Briand und den Bedingungen des Ultimatus schloß, wurde lautlos, fast wollte es scheinen teilnahmslos angehört, während Herr Loucheur, der aus dem Londoner Abkommen soviel wie möglich für sich und seine Regierung herauszuschlagen suchte, lebhaften Beifall aus allen Winkeln des Hauses fand. Aber Briand, wie gesagt, blieb stumm wie ein Fels.

Will er auch am Dienstag schweigen und warten? Und wird Lloyd George reden und handeln?

Lloyd George will keine Verschleppung.

Das Organ Lloyd Georges, der „Daily Chronicle“ wendet sich in einem offenbar von dem englischen Premierminister beeinflussten Artikel nochmals entschieden gegen die französischen Verschleppungsgelüste in der ober-schlesischen Frage. In dem Artikel heißt es:

Ohne Briand eine absichtliche Verzögerung vorwerfen zu wollen, dürfen wir vielleicht daran erinnern, daß er gegenüber seinen Verbündeten eine gewisse Pflicht hat, soweit er kann, in anderem Sinne als bisher zu handeln. Die Situation, die ihm und uns in Oberschlesien vorliegt, ist doch die, daß eine der Parteien sich durch Gewalt eine vorteilhafte Stellung geschaffen hat. Wenn wir die Zeit unbenuzt verstreichen lassen, begünstigen wir die eine Partei und benachteiligen die andere. Darum ist eine gerechte Entscheidung seitens der Alliierten notwendig. Wie ist die Lage entstanden? In erster Linie durch das Vorgehen der Polen in Oberschlesien, aber zweitens und sehr wesentlich durch das Vorgehen der Franzosen selbst. Sie sind es, die für die Ordnung und für das Play in der umstrittenen Provinz verantwortlich sind.

und sie haben diese Pflicht nicht erfüllt, sondern die Ordnung ist völlig umgestürzt worden, und sie haben keinen Versuch gemacht, sie zu bewahren. Nachdem sie so sich selbst ins Unrecht gesetzt haben, hätte man erwarten können, daß die Franzosen die erste Gelegenheit bemerken würden, um durch eine internationale Konferenz ihr Unrecht wieder gut zu machen. Aber das tun sie nicht, sondern vertuschen die Tatsachen, und sie schaffen dadurch die Gefahr, daß Deutschland den polnischen Streich mit Gegenstreichen beantwortet. Ein Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich würde ein solches Vorgehen Deutschlands sogar willkommen heißen, als Entscheidung für eine Erneuerung des Vormarsches gegen das Ruhrgebiet. Als Gegenzug gegen einen deutschen Angriff könnte die Erneuerung des Vormarsches gerechtfertigt erscheinen, aber nicht als Antwort auf einen deutschen Ausbruch berechtigter Leidenschaft. Die schon bestehenden ernsten Differenzen zwischen den Alliierten würden durch eine solche Politik in unabsehbarer Weise vergrößert werden.

Die Konferenz von Boulogne.

Briand hat auf die englische Note geantwortet, er sei mit der Konferenz in Boulogne einverstanden, könne aber den Tag erst nach Abschluß der Kammerdebatte bestimmen. Aber die Ruhrbesetzung müsse Frankreich sich handlungsfreiheit vorbehalten. In jedem Fall ist nunmehr die Zusammenkunft des Obersten Rates zwar grundsätzlich verabredet, aber der Tag über die Beratung ist noch nicht festgelegt worden. Briand soll tatsächlich die Vorbereitung eines direkten Schiedsspruches durch ein Gutachten von Juristen und Sachverständigen vorgeschlagen haben.

Die Kriegsgreuel der Entente.

Deutschlands Gegenliste.

Die bevorstehenden Verhandlungen gegen deutsche Kriegsvergehen in Leipzig, die Annahme des Ultimatus, die Liste im Entente-Turm scheinen aus die Lippen der Reichsregierung lösen zu wollen. Wie verfaßt, ist das Material über völlerwidrige Handlungen unserer Gegner im Kriege nochmals durchgearbeitet worden und alle zweifellos festgestellten Fälle von Rechtsverletzungen sind in einer Liste festgelegt worden. Die Liste besteht aus drei Teilen, von denen ein Teil die unersten Selangenen zugehörigen Grausamkeiten enthält. In der Liste sind Leibesstand und Beweismaterial aufgeführt. Die Liste soll in den nächsten Tagen den Ententemächten zugefleht werden und wird in Deutschland und im neutralen Ausland veröffentlicht werden. Alle Verletzungen gegen die Genfer Konvention sind besonders gesammelt worden und werden der demnächst zusammen tretenden neutralen Notenkrenz-Untersuchungskommission unterbreitet werden.

Vom moralischen Niedergange des deutschen Volkes liegen neue Beweise vor, die sogar die Verachtung der Entente-Kommissionen finden, denen sonst alle Mittel zur Dämpfung des Deutschtums recht sind. Wie mitgeteilt wird, laufen täglich bei den Überwachungsstellen der Alliierten Anzeigen Deutscher gegen Deutsche ein, die Vergehen gegen den Friedensvertrag feststellen und Belohnungen erheischen. Auch die Mitteilungen von der geplanten Anwerbung deutscher Freikorps für Oberschlesien zum Schutze deutscher bedrängter Volksgenossen sind der Entente von Deutschen unter Beifügung von Material gemacht worden. Kirgendwo wäre so etwas möglich, man denke an Belgien und den Osten, wo sich im Kriege kaum Verräter an der eigenen Volkssache gefunden haben.

